

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden, Auen & Comp., Nr. 1263.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: G. K. 1000, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post halbjährlich 110,00 M., unter Streifenband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 3-spaltige Komparatizeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die 3-spaltige Reklamizeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefrücksendung 1 M.

Nr. 124

Dresden, Dienstag den 30. Mai 1922

33. Jahrg.

## Wirth über Rapallo

## Die Antwort an die Reparationskommission

In der gestrigen Reichstags-Sitzung sprach der Reichskanzler Wirth über die Verhandlungen von Genoa. Es ist verständlich, daß er kaum irgend etwas Neues über die Ergebnisse der Genueser Vorgänge sagen konnte. Zu einer Lösung der Reparationsfrage hat Genoa nicht geführt. Schon deshalb, weil über die Wiedergutmachungsfrage offiziell in Genoa nicht gesprochen werden durfte. Trotzdem konnte der Reichskanzler mit Recht hervorheben, daß die Genueser Konferenz einen Fortschritt gebracht hat, weil dort die deutsche Regierung als gleichberechtigte erschienen konnte. Deswegen ist die Öffnung nicht unbedeutend, daß Genoa der Beginn einer neuen besseren Periode der Geschichte sein wird.

Eingehend berichtete Wirth über den Rapallovertrag mit Rußland, der im Entschlafener mit so großem Willen abgeschlossen wurde. Durch diesen Vertrag sind alte Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wieder aufgenommen worden. Es wird die Erinnerung an die Zeit der Friedensverträge von 1813 bis 15 wachgerufen, in der Deutschland gemeinsam mit Rußland gegen Frankreich kämpfte. So wird dieser historische Vergleich auch liegt, so ist doch die Zeit völlig unbedeutend, daß wir eine Wiederauflage der Friedensverträge erleben könnten. Deutschland wird schon aus Mangel an Kriegsmaterial in absehbarer Zeit nicht imstande sein, einen Krieg zu führen, auch dann nicht, wenn es von Rußland unterstützt würde. Vor allem aber: die große Mehrheit des deutschen Volkes will den Friedensvertrag von Versailles nicht mit Gewalt revidieren. Wir legen unsere Hoffnung nicht auf Gewehre, Kanonen und Stitzpfeile, sondern wir rechnen damit, daß die wachsende Einsicht der Völker in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu einem Wiederaufbau der Weltwirtschaft führen und es so dem deutschen Volke ermöglichen wird, die ihm gebührende Stellung unter den Nationen der Welt wieder einzunehmen.

Aber gerade die Notwendigkeit des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaues macht eine enge Zusammenarbeit Deutschlands mit Rußland notwendig. Schon früher sind die wirtschaftlichen Beziehungen dieser beiden Länder eng gewesen. Wir müssen die Industrieerzeugnisse, die erforderlich sind, um Rußland mit allem dem zu versorgen, was ihm fehlt. Wir können Rußland künstlichen Dünger, landwirtschaftliche Maschinen, Baggern und Lokomotiven in großer Zahl liefern.

Allerdings ist der Wiederaufbau Rußlands eine Aufgabe, die Deutschland nicht allein bewältigen kann. Deutschland und Rußland haben durch den Krieg und den darauffolgenden Zusammenbruch so schwere Wunden erlitten, daß sie die Hilfe der andern Nationen brauchen. Es müssen alle Völker nach einem gemeinsamen Plan an die Arbeit gehen, um die zerstörte Wirtschaft der Welt wieder zu ordnen. Sehr zweckmäßig wäre es, wenn man die deutsche Wiedergutmachungspflicht mit in den Dienst der Wiedervergeltung der russischen Wirtschaft stellte, etwa indem man Deutschland die Möglichkeit gäbe, die Aufgaben, die es durch Lieferungen an Rußland erworben hätte, zum Teil seinen Vorkriegern zu übertragen.

Wir haben keinen Grund, der nächsten Zukunft mit überhöhten Erwartungen entgegenzusehen. Immer noch liegt leider in der Welt politische Unruhm mit einer nur allzugroßen Rolle, so daß man beschränkt muß, daß dieses, was wirtschaftlich möglich wäre, noch nicht geschieht. Aber unüberwindbar ist doch, daß die Völker und ein großer Teil ihrer Führer seit dem Tage des letzten Friedensvertrages einseitiger geworden sind, und so ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß sich aus dem deutsch-russischen Vertrage von Rapallo neue Beziehungen zwischen den Völkern entwickeln werden, die mit dazu beitragen, die Menschheit wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Die Antwortnote der Reichsregierung an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält.

Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt an als der normale Höchstbetrag.
2. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Überschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezogen wird, und zwar entweder

- a) mit Hilfe von Einnahmen, die die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Einnahmen verfügbar sein sollten, oder
- b) durch die Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht.

Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuerwesens einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, der nicht geringer ist, als die bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Überschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Nachgaben:

- a) So lange noch keine Einnahmen aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellungen, ob und inwieweit eine Überschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Begrenzwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet.
- b) Alle Einnahmen aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwendet werden, und zwar mit Vorrang vor allen andern Verwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und solchen andern Lasten, hinsichtlich derer die Reparationskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung besondert erteilt.

Schlüsse für den Ausbau des Steuerwesens einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, der nicht geringer ist, als die bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Überschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Nachgaben:

- a) So lange noch keine Einnahmen aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellungen, ob und inwieweit eine Überschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Begrenzwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet.
- b) Alle Einnahmen aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwendet werden, und zwar mit Vorrang vor allen andern Verwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und solchen andern Lasten, hinsichtlich derer die Reparationskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung besondert erteilt.

Berlin den 26. Mai 1922. ges. Dr. Wirth.

## Deutscher Reichstag

21. Sitzung vom 20. Mai

Die heutige Reichstags-Sitzung zeigt die an großen Tagen übliche Besetzung des Saales und der Tribünen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Präsident Wirth eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und erteilt dem Reichskanzler das Wort.

### Reichskanzler Dr. Wirth

Ich erlaube mir zunächst auf meine Mitteilungen über Genoa im vorstehenden Auszug.

Über die Pariser Verhandlungen, die jetzt in vollem Fluß sind, können hier im Plenum weitere Mitteilungen noch nicht gemacht werden.

Der Reichstag hat die Möglichkeit gegeben werden, zur Wahrung der Regierung die Stellung zu nehmen.

Der Kanzler begann mit einem weit ausdauernden historischen Rückblick. Er hob hervor, daß die Konferenz in Genoa der Idee der Solidarität der Völker dienen sollte. Die Völker hätten sich über großen Mühen durchzusetzen müßten, und er wiederholte den Satz an die Italiener und an die italienischen Staatsmänner, was ist nun, so fragte der Kanzler, aus der

Über von Genoa

Wenden und was sollte Genoa sein? England war der Ausgangspunkt dieser Idee. Der Gedanke einer Weltkonferenz war groß und vielleicht zu groß, als daß er sich sofort hätte völlig verwirklichen lassen. Nicht einmal der gesamte Umfang der europäischen Krisis konnte in den Rahmen des Genueser Programms aufgenommen werden. Die Konferenz von Genoa, wenn man sich ihre ursprüngliche Aufgabe erwidert über die Welt, ist doch ein unbedingter Fortschritt anzusehen. Die Reparationsfrage wurde zwar offiziell nicht besprochen, aber bei allen inhaltlichen Besprechungen, denen ja der Hauptwert dieser ganzen Konferenz beizulegen ist, trat doch die Ueberzeugung zutage, daß die

## Reparationsfrage eigentlich die europäische Frage

Trotzdem das Programm reduziert worden ist, müssen wir all denen dankbar sein, die mit großer Energie den Gedanken, die Völker zusammenzuführen, über die Wochen der Genualkonferenz hinausgetragen haben. (Beifall.)

Es ist gewiss kein ungewöhnlicher Vorgang, wenn ich Englands Führer für dieses Durchhalten der Konferenz nicht im Namen des deutschen Volkes allein, sondern aller Völker, die in Verbindung mit uns stehen, dankbar bin. (Beifall.)

Wir dürfen die Konferenz von Genoa nicht überschätzen, aber wir müssen uns vor der bei und hervorbreitenden Unterdrückung hüten.

Trotz allen Sabotageversuchen hat die Genoa-Konferenz einen großen Fortschritt gebracht. Der größte Fortschritt liegt schon darin, daß wir zum ersten Mal auf einer Konferenz der Regierungen als Gleichberechtigte erschienen sind.

(Lachen) Ich weiß nicht, wie man bei der Feststellung dieser wichtigen Tatsache lachen kann. (Zurückhaltung der Redezeit.) In vielen nicht-offiziellen Unterredungen mit führenden Staatsmännern ist auch das Reparationsproblem erörtert worden. Die offiziellen Entschlüsse, die das Ergebnis der Genoa-Konferenz bilden, werden für uns die Zeit- und Richtlinien der Politik bilden. Wir hoffen, daß sie es auch für die übrigen Staaten sein werden und nicht nur theoretische Entscheidungen ohne praktische Bindung. Wir haben in Genoa den

französischen Fortschritt abgewehrt,

der uns in die Falle der kleinen Staaten drängen sollte. Es hätte sich aber eine Union der einladenden Mächte gebildet, die ohne uns mit Rußland verhandelte und uns dadurch am weitestgehenden unter Rußland zu verurteilen.

## Der Rapallovertrag

war nicht ein Irrtum der deutschen Politik, sondern er ist ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk, das gegen einen andern Staat keine Spitze richtet. (Zehr richtig!) Der Vertrag ist lediglich die Fortsetzung der bereits am 6. Mai 1921 zwischen Deutschland und Rußland getroffenen Vereinbarungen.

In Genoa wurde Deutschland von den Verhandlungen ausgeschlossen, die von den einladenden Mächten mit Rußland geführt wurden auf der Grundlage des Londoner Memorandum 6. Nach diesem Memorandum sollte auch Rußland den Artikel 116 des Versailles-Vertrages gegen Deutschland anwenden. Deutschland war also genötigt, eine andere Regelung mit Rußland zu finden.

Lord George hat in einer Rede den Rapallovertrag einen Irrtum und einen Fehler Deutschlands genannt, aber hinzugefügt, daß die in Deutschland und Rußland erzeugte Stimmung dazu führen mußte. Dann liegt der Irrtum aber bei denen, die eine solche Stimmung durch ihr Verhalten bei uns erzeugt haben. Der Rapallovertrag reinigt die Atmosphäre zwischen zwei Völkern, denen es immer gut ging, solange sie sich verstanden haben. (Beifall.) Er soll weiteren Brücken schlagen zwischen Öfen und Weizen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung.

Er enthält keine geheimen Zusätze, und wer behauptet, er habe geheime militärische Zusätze, der verleiht damit das erste Friedenswerk, das seit dem Anzuge in Europa überhaupt geschaffen ist. (Beifall.)

Es ist geradezu eine Aufregung über den Vertrag von Rapallo durch die Welt gegangen. Es sind Wellen hervorgerufen worden, die auch nach Deutschland hinübergriffen. Ich habe den Eindruck, daß die, die am lauesten jenseits der Grenzen riefen, sich über Rapallo aufregten, ohne den Vertrag wirklich gelesen zu haben, sondern daß allein das selbständige Handeln Deutschlands bereits auf der Gegenseite in einzelnen Kreisen Furchen gesenkt hat.

Wer den Rapallovertrag sorgfältig und ohne Voreingenommenheit durchliest, muß gefahren, daß der Vertrag von Rapallo ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk ist. Es ist im gewöhnlichen Sinne ein verbindlicher Friedensvertrag.

In diesem Vertrag gibt es weder Besiegte noch Sieger. Er ist die vollkommene Reibolierung der aus dem Kriegszustand heranstammenden Feindseligkeit. Unverständlich ist deshalb die Aufregung über

## Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ist auch

bedeutend die formelle Festhaltung der bereits seit dem 6. Mai 1921 bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen. Der Vertrag war in seinen Grundzügen längst vor Genoa festgelegt worden. Deutschland wollte kurz vor Genoa jedes Sonderabkommen vermeiden, in Genoa fand es sich von den Verhandlungen mit Rußland ausgeschlossen. Das Londoner Memorandum enthält eine ausdrückliche Befreiung des Artikels 116. (Hört, hört!) Lord George hat die Welt gewarnt, die beiden Völker, das deutsche und das russische, weiter zur Verzweiflung zu treiben, da sonst ungedachte Konsequenzen aus einer derartigen Verständigung entstehen könnten. Ich kann nur wiederholen, was ich in Genoa und vorher schon gesagt habe, daß der Rapallovertrag keinerlei die begünstigende Absichten enthält.

Wir werden den Rapallovertrag in seiner Gesamtheit dem Reichstage zur Beurteilung unterbreiten. Nach dem Abschluß dieses Vertrages wurde unsere Vermittlungstätigkeit zwischen Rußland und den übrigen Staaten oft und dankbar in Anspruch genommen.

In Genoa ist das gesamte russische Problem nicht zum Abschluß gekommen, aber nicht durch unsere Schuld. Wir sind bereit, unsere Vermittlerrolle weiterzuspielen. Der Gedanke des

## Gottesfriedens

hat noch keine feste Gestalt gewonnen. In der vorgeschlagenen Form wäre er für uns auch sehr schmerzhaft gewesen, denn ein Frieden, der eine Sanktionspolitik gegen Deutschland zuläßt, ist kein Frieden.

Es war die Welt eben noch nicht reif dafür, man nicht reif für den Gedanken in seiner reinen Fassung, daß ein wirtschaftlicher Aufbau Europas mit Gewalt nicht möglich sei. Es ist eine Treuga der (Gottesfriedens) kleiner Form, die zustande gekommen ist, eine Treuga der, durch die die Gefahren der neuveränderten Staaten zunächst für einige Monate einen Beherrschungszustand erfahren. Es ist wenig, was dabei herausgekommen ist. Trotzdem ist es ein kleiner Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befriedung Europas.

Wir müssen diesem Gedanken gern dienen und wollen anerkennen, daß es auch helfen, wenn es möglich ist, den Gedanken einer weiteren Gestaltung entgegenzuführen.

Aber wenn das geschehen soll, so müssen wir in der Hauptfrage, die uns alle beherzigt, in der Reparationsfrage, die mit der Friedensfrage eng zusammenhängt,

von der unglückseligen Politik und abwenden können, der Politik auf Termin (Sehr richtig!) bei der Welt, die das Damoklesschwert ständig über Deutschland schweben läßt. Eine solche Politik auf Termin mit der ständigen Drohung auf Gewalt ist der Tod jedes Gottesfriedens.